

Musterfall an Fehleinschätzung und Nonkommunikation

FBPL-Interpellation zur Mobiltelefonie: Unzufriedenheit im Landtag über Regierungsbericht

Die Regierung ist – was den Bau von 22 Mobilfunkantennen im Land betrifft – überzeugt davon, dass die Gesundheit der Bevölkerung aufgrund der festgelegten Strahlenschutz-Grenzwerte «auf jeden Fall geschützt ist». Dieser Zuversicht steht allerdings ein breites Unbehagen in der Bevölkerung gegenüber, das gestern auch im Landtag deutlich zum Ausdruck kam. Durchs Band kritisiert wurde die schlechte Informationspolitik.

Manfred Öhri

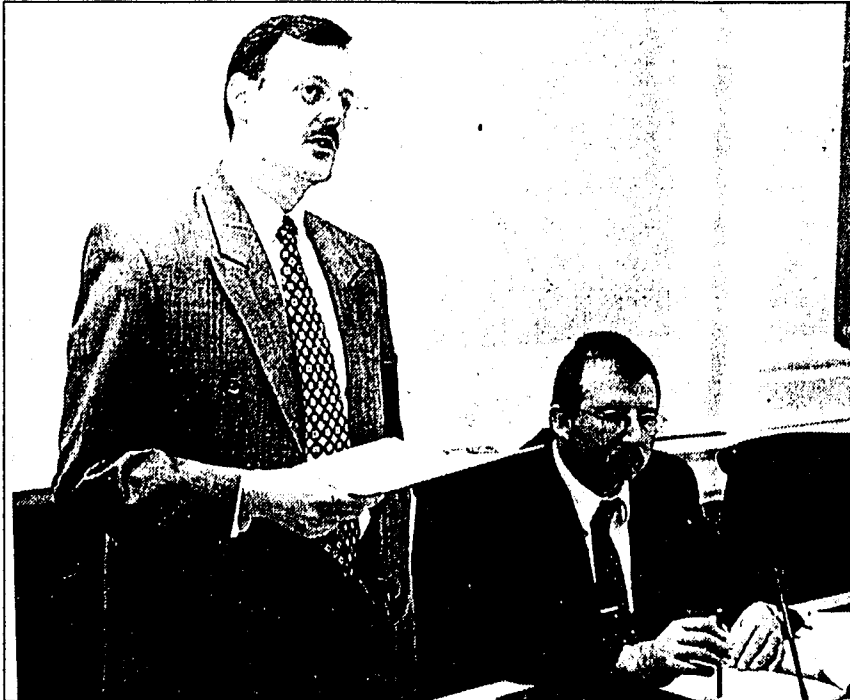
Der Landtag nahm gestern die Stellungnahme der Regierung zu einer Interpellation zur Kenntnis, mit der die FBPL-Fraktion eine rasche und umfassende Aufklärung zu dringenden Fragen über die Mobiltelefonie in Liechtenstein gefordert hatte. In den Augen etlicher Abgeordneter fiel der Bericht höchst unbefriedigend aus.

Eher eine Desinformation

Die Interpellationsbeantwortung komme in ihrer Oberflächlichkeit eher einer Desinformation als einer Information gleich, kritisierte der FBPL-Abgeordnete Marco Ospelt. Der Bericht sei in sich widersprüchlich und gespickt mit Ungereimtheiten, so dass in der Bevölkerung wohl zusätzliche Befürchtungen geschürt würden. Die Regierung sei offenbar damals wie heute noch nicht gewillt, ehrlich zu informieren. Marco Ospelt vermisste insbesondere detaillierte Auskünfte zu allen gesundheitsrelevanten Aspekten und forderte daher unmissverständlich: «Der Zeitdruck muss weg aus der Diskussion!» Er werde das Gefühl nicht los, dass man unter dem Druck der Mobilfunkbetreiber «über den Tisch gezogen wird». Eine Denkpause, wie sie auch von FBPL-Fraktionssprecher Gebhard Hoch verlangt wurde, biete Gelegenheit, sachliche Argumente zu sammeln, zu informieren und mit allen involvierten Kreisen zu diskutieren, um schliesslich gemeinsam mit der Bevölkerung einen Weg festzulegen, den man auch gewillt sei zu gehen. Für eine Fortsetzung der Diskussion war auch Regierungschef Mario Frick. Von einem Marschhalt riet er hingegen dringend ab, weil man dann «das Licht wirklich für alle Anbieter ausknipsen müsste».

Gefahren verharmlost

In Anlehnung an die Forderung einer wissenschaftlichen Tagung über elektromagnetische Strahlung regte der FBPL-Abgeordnete Alois Beck an, auch in Liechtenstein eine Institution unter Beizug aller Beteiligten ins Leben zu rufen, die eine wertfreie und neutrale



Mit der Interpellationsbeantwortung der Regierung zur Mobiltelefonie nicht zufrieden: die FBPL-Abgeordneten Alois Beck (links) und Rudolf Lampert.

le Vermittlung von Informationen über die Auswirkungen von Strahlung auf Gesundheit und Wohlbefinden erbringen könnte. Dies könnte nach seiner Meinung dazu beitragen, die gewünschte Sachlichkeit in die Diskussionen zu bringen und eine langfristige Glaubwürdigkeit zu erzielen. Im Übrigen sei an der Tagung zum Ausdruck gekommen, dass es ernstzunehmende Hinweise darauf gebe, dass auch schwache Strahlung schädlich sein könne. Nach den Worten von Gebhard Hoch ist die Regierung diesbezüglich zu kritisieren, weil sie die Gefahren verharmlost habe.

Das Gold vor Augen

Den Angaben der Regierung zufolge ist die Notwendigkeit nicht erkennbar, noch tiefere Grenzwerte anzustreben. Für Rudolf Lampert (FBPL) sollte hingegen die Grundhaltung lauten: «Das technisch Mögliche muss die Limite sein». Wenn im Bericht von einer «wei-



Kein Verständnis für das Vorgehen der Regierung im Bereich der Mobilfunktelefonie: Adolf Ritter (rechts) und Paul Vogt von der Freien Liste. (Bilder: bak)

testgehenden Vermeidung von Antennenstandorten in Wohnzonen sowie in der Nähe von Kindergärten» zu lesen sei, so zeige dies, dass auch die Regierung skeptisch sei und Bedenken habe. «Offenbar traut man der eigenen Courage und Einschätzung nicht», meinte der stv. FL-Abgeordnete Adolf Ritter dazu, der mit den Verantwortlichen hart ins Gericht ging.

Das Vorhaben, bezüglich der Koordination der Standorte einen «Musterfall Liechtenstein zu schaffen», sei gründlich in die Hose gegangen. Trotzdem hätten wir heute einen Musterfall Liechtenstein – «einen Musterfall an Selbstüberschätzung, Fehleinschätzung und Nonkommunikation». Adolf Ritter weiter: «Zwei, drei Jahre euphorischer Telefoniemassage haben in diesem Land das kritische Immunsystem geschwächt und bei einigen sogar ausser Kraft gesetzt: Das Gold vor Augen und in «Go-west-Manier» stürmt man

mit rollender Planung hierzulande in eine ungewisse Zukunft.»

Märchen werden entlarvt

In den vielen Leserbriefen mache sich nicht nur Ärger und Frust über eine Informationspolitik im Windschatten der Wirtschaft breit, sondern es werde auch eins ums andere der Märchen, die von der Regierung aufgetischt würden, entlarvt. So müsse die erstaunte Öffentlichkeit beispielsweise zur Kenntnis nehmen, hielt Adolf Ritter fest, dass die Stadt Salzburg zehnmal tiefere Grenzwerte vorschreibe als unsere weltweit tiefsten. Der Regierung warf er vor, dass sie mit ihrer unverhohlenen Parteinahme und vorbehaltlosen, einseitigen Unterstützung der Betreiberfirmen die Hauptverantwortung für die derzeitige Polarisierung zwischen Gegnern und Befürwortern der Mobiltelefonie trage. «Wir haben uns mit einer Regierung herumzuschlagen», fasste der FL-Abgeordnete zusammen. «die am Rockzipfel der Mobilfunkbetreiber im Hauruck-Verfahren ein profitables Geschäft puscht.» Kritiker würden dabei als Hysteriker und Panikmacher öffentlich abgewatscht.

Egon Matt verwies auf die schweizerische Organisation der Ärzte und Ärztinnen für Umweltschutz, die nach der Auswertung von vielen Studien aus Universitäten zum klaren Ergebnis gekommen sei, dass es biologische Effekte auf den Menschen gebe, die auch gesundheitsschädigend sein dürften.

Angst und Angstmacher

Von VU-Seite war gestern nicht viel zu hören. Donath Ochri äusserte zwar sein Verständnis für all diejenigen, die Angst hätten. Kein Verständnis habe er hingegen für Angstmacher, denn Angst sei bekanntlich ein schlechter Ratgeber. Und schliesslich erfinde Liechtenstein das Rad nicht neu. Karlheinz Ospelt verteidigte den «Mittelweg» der Regierung, räumte aber immerhin ein, dass die Information schlecht gewesen sei. Diesbezüglich kündigte der Regierungschef an, dass voraussichtlich im Mai eine grosse Veranstaltung über elektromagnetische Wellen und Mobilfunkstrahlung durchgeführt werde und zudem diverse Treffen mit interessierten Verbänden geplant seien.

Zu den Antennenstandorten bemerkte Mario Frick, dass tiefere Grenzwerte auch eine gewisse Nähe zu Wohngebieten bedeuten würden. Von den internationalen Diensten der Mobilfunkbetreiber würden die Grenzwerte nicht tangiert. Und zu den Gemeinden hielt er fest, dass diese als Verwaltungsbehörden an Recht und Gesetz gebunden seien. Im Bauverfahren hätten sie nur die Einhaltung der Anforderungen des Baugesetzes zu prüfen. Nicht in ihre Kompetenz falle hingegen die Überprüfung der Einhaltung der Strahlenschutzgrenzwerte.

GESTERN IM LANDTAG

- 1.) Die 2. Lesung des Gesetzes über das Registeramt wurde verschoben.
- 2.) Das FBPL-Postulat betreffend Änderungen beim Aufbau der Telekommunikation wurde mit 13 zu 12 Stimmen nicht an die Regierung überwiesen.
- 3.) Die Interpellationsbeantwortung betreffend Mobiltelefonie wurde zur Kenntnis genommen.
- 4.) Die Petition vom 7. April 2000 betreffend nichtionisierende elektromagnetische Strahlung verursacht durch Mobiltelefonie wurde mit 13 Stimmen zur geeigneten Verfügung an die Regierung überwiesen.
- 5.) In die Regelungskommission wurden Dr. Walter Kert, Arnold Laternser, Günther Wohlwend, Marianne Heeb-Kaiser, Franz Marxer und Ingrid Kaufmann-Sele gewählt. Als Ersatzmitglieder wurden Kuno Frick jun. und Eric Marxer gewählt.
- 6.) Der Verpflichtungskredit für den Bau der ersten Etappe des Schulzentrums Mühleholz II in Vaduz wurde auf Antrag von Klaus Wanger (FBPL) mit 14 Stimmen zwecks Standortabklärungen verschoben.
- 7.) Der Nachtragskredit für Investitionen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) an den Weiterführenden Schulen wurde einhellig gebilligt.
- 8.) Die Nachtragskredite (II) wurden einhellig gebilligt und für dringlich erklärt.
- 9.) Gesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih wurde in 2. Lesung behandelt und einhellig verabschiedet.
- 10.) Die Abänderung des Gesetzes über Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechts (erleichterte Einbürgerung alteingesessener Ausländer) wurde mit 22 Stimmen gutgeheissen. Zudem wurde der Regierung mit 22 Stimmen der Auftrag erteilt, eine Volksabstimmung zu veranlassen.

SPLITTER

«Nach dem Motto: Nichts zugeben, Augen zu und durch» Das Resümee von FBPL Fraktions-sprecher Gebhard Hoch auf das Votum von VU-Fraktionssprecher Peter Sprenger zum Postulat betreffend Telekommunikation.

«Der Vorfall zeigt, dass wir pausen-reif sind.» Landtagspräsident Peter Wolff (VU), nachdem er die Abstimmung zu Artikel 14 beim Gesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih vergass.

«Der Gesetzgeber ist vielleicht weiser als die Regierung.» Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter auf die Frage von Gabriel Marxer (FBPL) bezüglich der zu leistenden Kautions von Arbeitsvermittlern.

«Es ist schon paradox: Da wird mit der Mobiltelefonie ein System totaler Kommunikation aufgebaut und die Kommunikationsfähigkeit der Regierung reicht nicht über das berühmte Buschtelefon hinaus.» Der stv. FL-Abgeordnete Adolf Ritter in der Debatte über den Regierungsbericht zur Mobiltelefonie-Interpellation.

«Wenn schon Platz für ein weiteres Dutzend Banken geschaffen wird, so wird man auch einen Platz für eine einzige Schule finden.» Paul Vogt bei der Diskussion über den 42-Mio.-Kredit für das Schulzentrum Mühleholz II.

«Wenn man glaubt, die Schüler aus Vaduz und Schaan gehen tendenziell am Mittag in die Mensa – da würde man schräg liegen.» Regierungschef Mario Frick bei der Diskussion über den 42-Mio.-Kredit für das Schulzentrum Mühleholz II.

Zur geeigneten Verfügung an die Regierung

LGU-Petition zur Mobiltelefonie vom Landtag mit 13 Stimmen überwiesen

Auf Antrag von Marco Ospelt ist gestern die von der LGU lancierte und von rund 2500 Personen unterzeichnete Petition zur Mobiltelefonie mit knappem Mehrheitsbeschluss «zur geeigneten Verfügung» an die Regierung überwiesen worden. Für eine Überweisung votierten sämtliche Mitglieder der FBPL- und der FL-Fraktion sowie Landtagspräsident Peter Wolff auf Seiten der VU.

Manfred Öhri

Nach übereinstimmender Auffassung der FBPL-Abgeordneten Marco Ospelt und Gebhard Hoch kommt diese Petition zur rechten Zeit. Darin werden die drei Forderungen erhoben,

- das gesamte geplante Mobiltelefonie-Netz in Liechtenstein einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zu unterziehen,
- den Schutz der Bevölkerung und der Umwelt vor nichtionisierender elektromagnetischer Strahlung gesetzlich zu regeln und
- die Haftpflicht für auftretende Folgeschäden an Mensch und Tier zu regeln.

Gegen eine Zerstückelung

Man erkenne zwar den guten Willen, hielt Regierungschef Mario Frick zur Petition fest, sie sei aber zu vage gehalten. Als einzigen konkreten Punkt bezeichnete er die UVP, die allerdings auch keinen Sinn mache, «weil man da-

mit im Endeffekt wieder bei der Grenzwert-Diskussion angelangt ist». Für Egon Matt (FL) wäre es dagegen ein «Verhältnissblödsinn im Quadrat», wenn man zwar für alle möglichen Fälle eine UVP verlange, nicht aber für ein flächendeckendes Mobilfunknetz. Für die Freie Liste gehe die Petition sogar noch zu wenig weit.

Marco Ospelt sieht in der Petition und insbesondere in der UVP eine Chance, sachliche Argumente zu sammeln, die Vor- und Nachteile zu gewichten und alle involvierten Kreise in den Prozess mit einzubeziehen, um letztlich gemeinsam einen Weg zu finden. Landtagspräsident Peter Wolff erachtete persönlich nur die zweite For-

derung nach einer gesetzlichen Regelung für gerechtfertigt, während die weiteren Anliegen viel zu pauschal formuliert seien. Dennoch stimmte er schliesslich einer Überweisung zu. Gabriel Marxer (FBPL) wollte allerdings nichts davon wissen, im Landtag quasi schon eine Vorselektion vorzunehmen und die Petition in Einzelteile zu zerlegen. Er und Gebhard Hoch erwarten, dass die Regierung die Petition als Ganzes und innert nützlicher Frist behandelt.

Laut Mario Frick wird die Regierung auf jeden Fall auf die LGU zugehen. Hubert Sele (VU) kündigte an, dass er zur zweiten Forderung ein Postulat nachreichen werde.